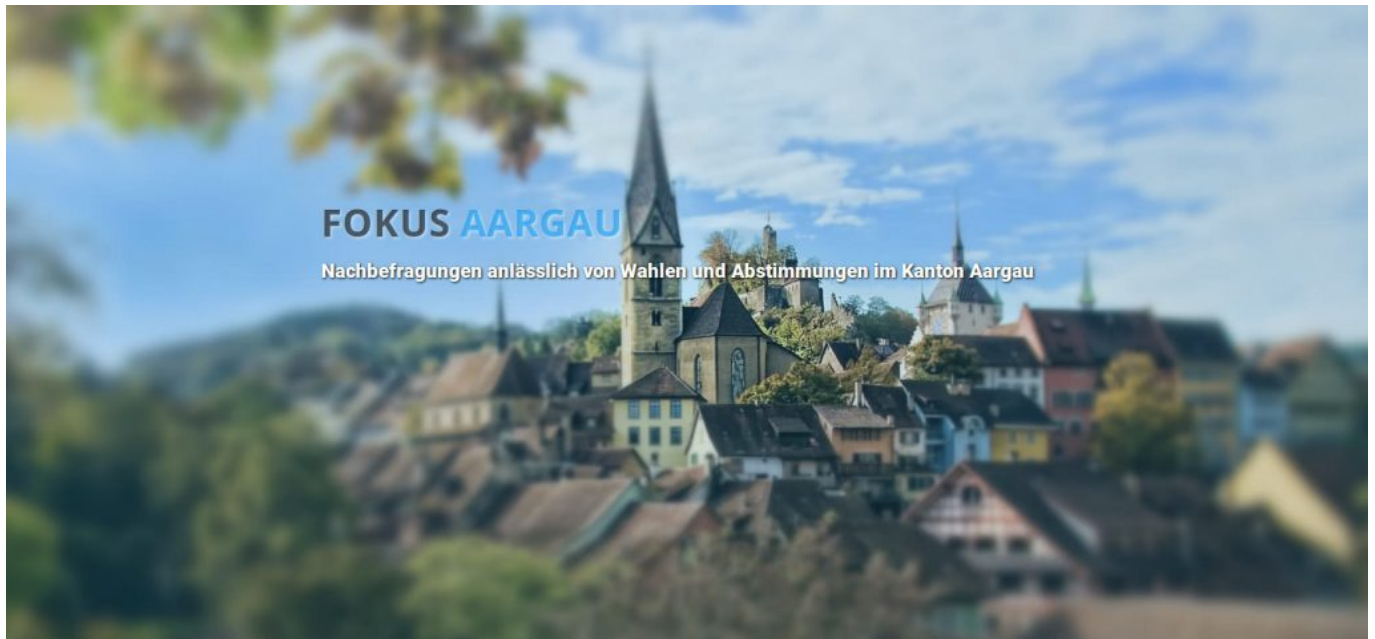


# Junge als treibende Kraft bei den Aargauer Volksabstimmungen vom 8. März 2026

Laurent Bernhard, Junmo Cheon, Sandro Lüscher, Uwe Serdült  
29th April 2026



**Am 8. März 2026 nahmen die Aargauer Stimmberechtigten die Volksinitiative «Blitzerabzocke stoppen!» an und lehnten die Volksinitiative «Arbeit muss sich lohnen!» ab. Beide Vorlagen stiessen bei den Jungen auf Zustimmung: In der Altersgruppe der 18 bis 29-Jährigen resultierten jeweils deutliche Ja-Mehrheiten. Dies zeigt die Befragung des Zentrums für Demokratie Aarau zur kantonalen Volksabstimmung vom 8. März 2026.**

**Beteiligung: das Alter machte die Unterschiede zwischen Frauen und Männern aus**

Die Stimmbeteiligung erreichte hohe 54.5 Prozent. Wie üblich nahm die Teilnahme mit steigendem Alter, Bildungsniveau und politischem Interesse zu. Ausserdem beteiligten sich Männer insgesamt häufiger als Frauen (60 versus 49 Prozent). Dieser Beteiligungsunterschied hing jedoch stark vom Alter ab. In der jüngsten Kategorie der 18 bis 29-Jährigen beteiligten sich Frauen gar leicht häufiger als Männer (42 versus 32 Prozent), und bei den 30 bis 39-Jährigen lag das Niveau ähnlich hoch. Ab 40 Jahren jedoch schwang die männliche Beteiligung obenaus – mit einer Differenz von bis zu 35 Prozentpunkten bei den 60 bis 69-Jährigen.

**Volksinitiative «Arbeit muss sich lohnen!» – Unterstützung durch Junge und SVP-Anhängerschaft**

Das Alter spielte auch beim Stimmentscheid zur Volksinitiative «Arbeit muss sich lohnen!» eine wichtige Rolle: Jüngere Stimmende unterstützten die

Initiative klar – der Ja-Anteil unter den 18 bis 29-Jährigen betrug 63 Prozent. In den drei ältesten Altersgruppen (mehr als 50 Jahre) lag der Ja-Anteil dagegen unter 40 Prozent. Darüber hinaus prägte der Links-Rechts-Gegensatz das Abstimmungsverhalten. Während die Initiative im linken Lager auf klare Ablehnung stiess, sprach sich rechts aussen eine deutliche Mehrheit dafür aus. Dieses Muster spiegelte sich in den Parteianhängerschaften wider: Die SVP-Basis stimmte zu zwei Dritteln Ja, die Anhänger:innen von SP und Grünen lehnten die Vorlage mehrheitlich ab.

Bemerkenswert ist ausserdem, dass die FDP-Anhängerschaft tief gespalten war. Auf der befürwortenden Seite standen zwei Beweggründe im Vordergrund: Am häufigsten wurde angeführt, dass in der aktuellen Arbeitsmarktsituation eine zeitnahe Wiedereingliederung erwartet werden kann (20 Prozent), gleichauf mit der Kritik an einer zu hohen Zahl von Langzeitbeziehenden (20 Prozent). Bei den Kontra-Motiven schwang ein Beweggrund klar obenaus: 30 Prozent der Ablehnenden befürchteten, dass die Initiative zur gesellschaftlichen Ausgrenzung von Betroffenen führen würde.

#### **Blitzer-Initiative – weit verbreiteter Missbrauchsvorwurf**

Auch die angenommene Volksinitiative «Blitzerabzocke stoppen!» stiess bei den Jungen auf Anklang. Bei den 18 bis 29-Jährigen (71 Prozent) und den 30 bis 39-Jährigen (62 Prozent) resultierten deutliche Mehrheiten, während die Initiative in den übrigen Altersgruppen umstritten war.

Zudem erwies sich das Einkommen als bedeutender Faktor. Stimmberechtigte aus Haushalten mit einem monatlichen Bruttoeinkommen unter 3000 Franken wiesen mit 81 Prozent die höchste Zustimmungsrates aller Einkommenskategorien auf. Mit steigendem Einkommen nahm die Unterstützung in der Tendenz zwar ab, doch selbst in den bestverdienenden Haushalten resultierte noch eine knappe Mehrheit zugunsten der Initiative.

Das Abstimmungsverhalten wurde durch den Links-Rechts-Gegensatz geprägt. Im linken Lager wurde die Vorlage von über zwei Dritteln der Stimmenden abgelehnt, während rechts aussen eine klare Mehrheit von 75 Prozent dafür stimmte. Im politischen Zentrum hielten sich Befürwortende und Ablehnende die Waage. Bei den Parteisympathien hob sich die Anhängerschaft der SVP (75 Prozent) hervor, während bei den Sympathisierenden der FDP (63 Prozent) ein gutes Drittel von der Parteiparole abwich. Auffallend ist auch, dass die Initiative selbst in links-grünen Kreisen auf substantielle Zustimmung stiess: So stimmte in der Basis der SP und der Grünen ein Drittel der Volksinitiative zu.

Studienautor Laurent Bernhard ordnet diesen Umstand folgendermassen ein: «Für eine Volksabstimmung mit einem klaren Links-Rechts-Gegensatz ist ein Ja-Anteil von einem Drittel in den linken Parteianhängerschaften aussergewöhnlich hoch. Die Initiative stiess somit weit über das bürgerliche Lager hinaus auf Anklang. Gleichzeitig ist zu betonen, dass in den Reihen der FDP von keiner geschlossenen Unterstützung der Volksinitiative die Rede sein kann, obwohl die Volksinitiative von den Jungfreisinnigen stammte.»

Von Bedeutung war auch der Autobesitz. Personen ohne Auto im Haushalt lehnten

die Initiative mit grosser Mehrheit ab – ihr Ja-Anteil belief sich auf lediglich 37 Prozent. Autobesitzende hingegen stimmten der Vorlage mehrheitlich zu, wobei die Zustimmung in Haushalten mit mehr als zwei Autos 68 Prozent erreichte.

In Bezug auf die Beweggründe des Stimmenscheids zeigt sich auf beiden Seiten ein klares Bild. Das mit Abstand wichtigste Ja-Motiv betraf die Überzeugung, dass Blitzer zur Füllung der Staatskasse missbraucht werden (40 Prozent). Im Nein-Lager stand für ein Drittel (34 Prozent) im Vordergrund, dass Bussen angezeigt sind, wenn sich Personen nicht an Gesetze halten. Für jede fünfte ablehnende Person (22 Prozent) war die präventive Wirkung von Blitzern entscheidend.

---

### Referenz:

Bernhard Laurent, Cheon Junmo, Lüscher Sandro, Serdült Uwe. «[FOKUS Aargau: Studie zu den Aargauer Volksabstimmungen vom 8. März 2026](#).» FOKUS-Aargau-Berichte, 12. Aarau: Zentrum für Demokratie Aarau (ZDA), April 2026.